S A T Z U N G
der
WOLFGANG SIEGEL-STIFTUNG

§ 1

Name, Rechtsform und Sitz

Die rechtsfähige öffentliche Stiftung des bürgerlichen Rechts mit dem Namen

WOLFGANG SIEGEL-STIFTUNG

hat ihren Sitz in Hof/Saale.

§ 2

Stiftungszweck

Die Stiftung dient der Förderung wissenschaftlicher Zwecke sowie der Erziehung, Volks- und Berufsbildung, insbesondere

1. der Förderung der nordostoberfränkischen Geschichtsforschung durch Unterstützung wissenschaftlicher Arbeiten,
2. der Förderung des Museums „Bayerisches Vogtland“ in Hof durch Zuschüsse zum Erwerb von Exponaten und
3. der Förderung des heimatgeschichtlichen Wissens nordostoberfränkischer, vorrangig Hofer Schüler durch Vergabe von Lehrmitteln für den heimatgeschichtlichen Unterricht.

§ 3

Gemeinnützigkeit

1. Die Stiftung ist selbstlos. Sie verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der einschlägigen Vorschriften der Abgabenordnung. Ihre Mittel dürfen nur für satzungsmäßige Zwecke verwendet werden. Niemand darf durch Ausgaben, die dem Stiftungszweck fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.
2. Die Stiftung ist verpflichtet, dem Stifter auf dessen jederzeitiges Verlangen bis zu einem Viertel ihrer Erträge als Rente zu zahlen. Statt der Rentenzahlung kann der Stifter auch die Einräumung eines Nießbrauchs an den der Stiftung gehörenden Eigentumswohnungen bis zu einem Viertel des Überschusses der Einnahmen über die Unkosten verlangen. Der Nachweis der Bedürftigkeit des Stifters ist hierfür nicht Voraussetzung.

Bis zu einem Viertel des Überschusses der Einnahmen über die Unkosten aus Vermögensverwaltung kann einer freien Rücklage zugeführt werden.

Rente und Rücklage dürfen zusammen nicht mehr als ein Viertel des Überschusses ausmachen.

3. Nach dem Tod des Stifters hat die Stiftung auf die Dauer von 50 Jahren für eine angemessene Grabpflege zu sorgen.

4. Wird die Stiftung aufgehoben, so fällt ihr Vermögen der Stadt Hof mit der Auflage zu, es für das Museum „Bayerisches Vogtland“ zu verwenden.

§ 4 Stiftungsvermögen

1. Das Grundstockvermögen der Stiftung ist in seinem Bestand dauernd und ungeschmälert zu erhalten. Es besteht aus den in Anlage 2 zum Stiftungsgeschäft bezeichneten Eigentumswohnungen, die der Stiftung nach Erhalt ihrer Rechtsfähigkeit übertragen werden. Bei Veräußerung einer der übertragenen Wohnungen ist der Veräußerungserlös wiederum dem Grundstockvermögen zuzuführen.
2. Zustiftungen sind zulässig.

§ 5 Stiftungsmittel

1. Die Stiftung erfüllt ihre Aufgaben
 - a) aus den ihr im Rahmen ordnungsgemäßer Vermögensverwaltung zufließenden Mitteln und
 - b) aus Zuwendungen, soweit sie vom Zuwendenden nicht ausdrücklich zur Stärkung des Grundstockvermögens bestimmt sind.
2. Aus den ersten Erträgen des Stiftungsvermögens sind die Auslagen des Stifters zu ersetzen, die diesem im Zusammenhang mit der Entstehung der Stiftung erwachsen sind.
3. Ein Rechtsanspruch auf Gewährung des jederzeit widerruflichen Stiftungsgenusses besteht nicht. Die Stiftung verteilt ihre Mittel nach freiem Ermessen ihrer Organe im Rahmen der vorgenannten Zwecke.

§ 6 Organe

Organe der Stiftung sind der Vorstand und das Kuratorium.

§ 7 Vorstand

1. Zum ersten und alleinigen Vorstand ist auf Lebenszeit der Stifter, Herr Wolfgang Siegel, bestellt. Er vertritt die Stiftung allein und ist von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit. Seine Tätigkeit kann er auch durch Bevollmächtigte ausführen lassen.

Kann oder will Herr Siegel sein Vorstandsamt nicht mehr wahrnehmen, so ist er berechtigt, an seiner Stelle eine andere Person zum Alleinvorstand der Stiftung zu bestimmen, jedoch nur bis zu seinem Ableben.
2. Nach dem Tod des Stifters besteht der Vorstand aus einem Kollegium von drei Personen, nämlich

- a) dem Oberbürgermeister der Stadt Hof als Vorsitzendem,
- b) dem Stadtheimatpfleger der Stadt Hof und
- c) dem Leiter des Museums „Bayerisches Vogtland“,

die im Fall ihrer Verhinderung durch ihren jeweiligen Stellvertreter im Amt vertreten werden.

Das gleiche gilt, wenn der Stifter das Amt des Alleinvorstandes niederlegt und innerhalb eines Monats nach Niederlegung keine andere Person zum Alleinvorstand berufen hat.

Der Vorstand, nach Einrichtung eines Vorstandskollegiums der Vorstandsvorsitzende, vertritt die Stiftung gerichtlich und außergerichtlich.

Beschlüsse des Vorstandskollegiums werden grundsätzlich mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

Weitere Regelungen über Beschlussfähigkeit, Aufgabenteilung und praktische Durchführung der Geschäftsführung kann das Vorstandskollegium in einer Geschäftsordnung festlegen, die es selbst erlässt.

Die Vorstandstätigkeit ist ehrenamtlich. Ein Vorstandsmitglied erhält keine Vergütung, sondern lediglich Ersatz der baren Auslagen.

§ 8

Kuratorium

Solange der Stifter gemäß § 6 Abs. 1 Alleinvorstand ist, bilden die in § 7 Ziff. 2 genannten drei Personen das Kuratorium der Stiftung.

Aufgabe des Kuratoriums ist es, durch Beratung dem Vorstand zur Seite zu stehen und insbesondere Vorschläge für die Verwendung der Stiftungsmittel zu unterbreiten.

Das Kuratorium kann sich eine Geschäftsordnung geben, in der die weiteren Regularien enthalten sind.

Der Oberbürgermeister der Stadt Hof ist Vorsitzender des Kuratoriums.

Der Vorsitzende beruft die Sitzungen des Kuratoriums ein, leitet sie und teilt dem Vorstand die Beschlüsse und Empfehlungen des Kuratoriums mit.

Zur Teilnahme an den Sitzungen des Kuratoriums ist der Vorstand berechtigt.

Werden mit dem Tod oder der Amtsniederlegung des Alleinvorstandes die Kuratoriumsmitglieder zum Vorstandskollegium, so ist damit das Kuratorium ersatzlos aufgelöst.

Die Tätigkeit der Kuratoriumsmitglieder ist ehrenamtlich. Sie erhalten lediglich Ersatz ihrer baren Auslagen.

§ 9

Satzungsänderungen, Umwandlung und Aufhebung der Stiftung

1. Beschlüsse über Satzungsänderungen und Anträge auf Umwandlung (Änderung des Stiftungszwecks) oder Aufhebung der Stiftung dürfen die Steuerbegünstigung der Stiftung nicht beeinträchtigen oder aufheben. Sie sind mit einer Stellungnahme der zuständigen Finanzbehörde der Stiftungsaufsichtsbehörde zuzuleiten, die die Entscheidung der Genehmigungsbehörde einholt.
2. Ist der Stifter nicht mehr alleiniger Vorstand der Stiftung, bedürfen Beschlüsse nach Abs. 1 der Mehrheit der Mitglieder des Vorstandes und der Zustimmung des Stifters.

§ 10

Stiftungsaufsicht

Die Stiftung untersteht der Aufsicht der Regierung von Oberfranken.

§ 11

Inkrafttreten

Die vorliegende Stiftungssatzung tritt mit der Genehmigung der Stiftung durch das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus in Kraft.